



---

---

## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **11. Sitzung (öffentlich)**

7. Dezember 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung 5**

Der Ausschuss nimmt die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/139 an.

#### **1 Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen 6**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/127

Ausschussprotokoll 16/78

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN wird der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/127 angenommen; ein entsprechendes Votum wird dem federführenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übermittelt.

- 2 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Vierten Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – SGB XII (Zuständigkeitsverordnung SGB XII – ZustVO SGB XII) 8**

Vorlage 16/414

Die Anhörung des Ausschusses zu diesem Verordnungsentwurf ist damit erfolgt; das werde der Landesregierung entsprechend übermittelt.

- 3 Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Paderborn/Lippstadt (Fluglärm-schutzverordnung Paderborn/Lippstadt – FluLärmVO) 9**

Vorlage 16/413

in Verbindung mit:

**Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Paderborn/Lippstadt zur Vorlage 16/413**

Vorlage 16/417

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss der Lärmschutzverordnung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 4 NKF-Gesamtabschluss – Die Landesregierung muss endlich Transparenz schaffen und ihre rechtswidrige Duldungspraxis beenden 10**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1472

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1591

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/1591 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU ab.

Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1472 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

**5 Die Landesregierung muss endlich ihre Hinhaltetaktik aufgeben und für Klarheit, Transparenz und Rechtssicherheit im Stärkungspakt sorgen** **15**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1476

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Antrag der CDU Drucksache 16/1476 wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN abgelehnt.

**6 Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen ausbauen – Fernverkehr verbessern** **25**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1474

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt.

**7 Mehr Flexibilität in den Offenen Ganztage im Primarbereich** **28**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1473

Der Ausschuss kommt nach kurzer Verständigung überein, mit Blick auf eine eventuell geplante Anhörung die Beratung des Themas zu schieben.

- 8 Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen – Bettensteuern NRW jetzt endgültig Geschichte** **29**
- Bericht  
der Landesregierung  
Auf Antrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2012
- 9 Gesetz zur Regelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung in Nordrhein-Westfalen** **30**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1435
- Der Ausschuss beabsichtigt, an der vom federführenden Rechtsausschuss beschlossenen Anhörung nachrichtlich teilzunehmen.
- 10 Verschiedenes** **31**
- 10.1 Vorratsbeschluss über eine Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2013** **31**
- Der Ausschuss fasst den Beschluss, nach Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2013 im Plenum eine Anhörung dazu am 18. Januar 2013 durchzuführen.
- 10.2 Gespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände** **32**
- Der Ausschuss plant ein etwa einstündiges Gespräch mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände für den 11. Januar 2013 in der Zeit von 09:00 bis 10:00 Uhr.

## 1 Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/127

Ausschussprotokoll 16/78

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

**Vorsitzender Christian Dahm** schickt voraus, der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz habe am 26. Oktober 2012 eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Der AKo habe sich daran pflichtig beteiligt. Der federführende Umweltausschuss erwarte nun ein Votum des Ausschusses.

**Frank Börner (SPD)** führt aus, mit dem Klimaschutzgesetz wolle man in Nordrhein-Westfalen einen ehrgeizigen, aber auch realistischen Beitrag zum Thema „Umwelt und Klimaschutz“ leisten. Es werde perspektivisch keine Alternative zum Klimaschutz geben. Dafür würden Kosten an den unterschiedlichen Stellen verursacht. Allerdings wisse man auch nicht, welche langfristigen Kosten durch unterlassenen Klimaschutz weltweit und auch auf NRW zukommen werde. Insofern sei es wichtig und notwendig, an dieser Stelle aktiv zu werden und einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

Das Klimaschutzgesetz werde in wesentlichen Teilen auf kommunaler Ebene umgesetzt. Die SPD begrüße dieses Gesetz, und man werde es auch unterstützen.

Für den Ausschuss für Kommunalpolitik sei das interessant, was in der Anhörung vom Verband der kommunalen Unternehmen angesprochen worden sei. Man sollte den Bereich der Klimaschutzpläne auf kommunaler Ebene im weiteren Verfahren im Auge behalten. Im Zweifel reiche es aus und sei effizienter, einen Klimaschutzplan für eine Kommune aufzustellen, anstatt dass jedes kleine kommunale Unternehmen einen komplett eigenen Klimaschutzplan mache.

**Kai Abruszat (FDP)** meint, selten sei in einer Anhörung ein Gesetz so eindeutig, nämlich mit 95 bis 98 % der Stellungnahmen, kritisch sowohl im Hinblick auf dessen Zielrichtung als auch im Hinblick auf die Alleinstellung des Landes Nordrhein-Westfalen als auch im Hinblick auf die Frage der Bürokratie, die es gegebenenfalls vor Ort auslöse, gesehen worden. Die Argumente seien bereits in Debatten in der letzten Legislaturperiode hinreichend ausgetauscht worden. Seine Fraktion lehne den Gesetzentwurf mit guten Gründen ab.

**Jutta Velte (GRÜNE)** meint, die Wahrnehmung der Anhörung könne durchaus unterschiedlich sein. Sie habe es so verstanden, dass die Kommunen sehr froh seien, dass es demnächst einen gesetzlichen Rahmen auch für die kommunalen Klimaschutzaktivitäten geben werde. Das sei besonders für die Kommunen im Nothausrechtsrecht eine wichtige Größenordnung, weil die Klimaschutzziele, die die Kommu-

nen auf ihre Fahnen geschrieben hätten, mittlerweile als pflichtige Aufgabe interpretiert werden könnten und damit nicht mehr als freiwillige Maßnahmen der Haushaltsanierung zum Opfer fallen müssten.

Die Kommunen wüssten, dass mit einer solchen Rahmenvorstellung auch die Förderung von Industrie möglich sei. Allein im Bergischen Städtedreieck lebten 150 Unternehmen mittelbar oder unmittelbar von der Energiewende. Deswegen sei es aus Sicht der Kommunen auch ein wirtschaftlicher Faktor, der durch das Klimaschutzgesetz gesetzlich gesichert werde.

**André Kuper (CDU)** weist darauf hin, dass die Kommunen Nordrhein-Westfalens bereits jetzt schon der Motor im Klimaschutz seien, etwa beim European Energy Award oder mit Klimaschutzkonzepten in den Kommunen. Von daher bedürfe es keiner gesetzlichen Regelung für die Initiativen der Kommunen. Auch könnte durch den zentralen Klimaschutzplan des Landes eine Bevormundung der Kommunen erfolgen, was letztlich eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltungsautonomie sei. Deshalb lehne seine Fraktion den Gesetzentwurf ab.

Wenn mit diesem Gesetz eine pflichtige Aufgabenübertragung verbunden sei und damit zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen zukämen, müsse man an der Stelle auch die Konnexität wieder einfordern; denn die Kommunen seien derzeit in einer Finanzsituation, die man schlichtweg als „Land unter“ bezeichnen könne und in der man noch so wünschenswerte Dinge nicht mehr finanziert bekomme.

**Frank Herrmann (PIRATEN)** führt aus, die Anhörung habe vor allem gezeigt, dass man keine Zeit habe. Viele beschriebene Szenarien seien aufzugreifen. Der Klimaschutzplan sei sicherlich ein wichtiges Element für die Kommunen für ihre weitere Planung. Insofern gehe das Gesetz in die richtige Richtung, es greife aber viel zu kurz.

Seine Fraktion werde sich deshalb enthalten.

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN wird der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/127 angenommen; ein entsprechendes Votum wird dem federführenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übermittelt.